

## Klimapolitik und ökonomische Entwicklung

# Kein Widerspruch zwischen Klimapolitik und Wettbewerbsfähigkeit

In der Diskussion um eine ambitionierte Klimapolitik wird oftmals vorgebracht, diese gefährde die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie. Diese Befürchtungen erweisen sich bei genauer Analyse jedoch als weithin unbegründet. Vielmehr bietet eine klug ausgestaltete Klimapolitik vielfältige Chancen. **Von Carl-Friedrich Elmer, Harald Bradke, Martin Faulstich und Lisa Nabitz**

Zunächst einmal zeichnen die wachsenden Außenhandelsüberschüsse Deutschlands nicht das Bild einer sich deindustrialisierenden Wirtschaft. Auch wenn die beobachtete Investitionszurückhaltung einiger Branchen des produzierenden Gewerbes weiterer Beachtung bedarf, lässt sich ein kausaler Zusammenhang dieser Entwicklung mit der Energiewende nicht klar belegen. Ebenso konnten erste Evaluierungen der beiden abgeschlossenen Handelsperioden des europäischen Emissionshandels (EU ETS) keine signifikante Verlagerung industrieller Aktivität feststellen.

## Energiekosten nachrangig

Durchschnittlich machen in der deutschen Industrie die Energiekosten nur etwa 2% der Gesamtkosten aus. Auch sind die Energiestückkosten (der Anteil der Energiekosten an der Bruttowertschöpfung) der deutschen Industrie als Ganzes im internationalen Vergleich durchaus konkurrenzfähig, sie sind beispielsweise geringer als in den meisten europäischen Staaten oder in China. Grundsätzlich wird die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie von vielen Faktoren bestimmt, unter denen die Energiekosten oftmals nachrangig sind.

Für die Mehrzahl der Industriebetriebe wären mithin selbst substanzielle Energiekostensteigerungen verkraftbar. Für einige energieintensive Branchen, in denen Energiekosten eine zentrale Rolle spielen, müssen Sorgen hinsichtlich ihrer internationalen Wettbewerbsfähig-

keit jedoch ernst genommen werden. Für besonders energieintensive Produkte, die zudem einem starken internationalen Preiswettbewerb ausgesetzt sind, können energie- und klimapolitische Sonderregelungen zur Vermeidung einer Verlagerung von Produktion und Treibhausgasemissionen (Carbon Leakage) nötig sein.

Solche Entlastungen sollten allerdings auf jene Branchen beschränkt werden, bei denen sie stichhaltig im Hinblick auf Carbon Leakage oder gravierende Wettbewerbsnachteile begründet werden können. Tatsächlich ist der Kreis der entlasteten Branchen jedoch wesentlich umfangreicher. Hierdurch droht die Akzeptanz der Energiewende Schaden zu nehmen und es gehen öffentliche Einnahmen verloren, die für Investitionen in die Transformation des Energiesystems verwendet werden könnten. Eine kritische Überprüfung der zahlreichen energiepolitischen Begünstigungen der Industrie – sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene – ist somit dringend geboten.

## Klimapolitik als wirtschaftliche Chance

Ein zentraler Hebel, um Belastungen aus steigenden Kosten des Energieverbrauchs abzufangen und die Wettbewerbsposition der Industrie zu stärken, sind Verbesserungen der Energieeffizienz. Zahlreiche Studien belegen große noch vorhandene wirtschaftliche Energieeffizienzpotenziale in vielen Industriebranchen. Die bisher unzureichende Erschließung dieser Potenziale ist so-

wohl auf Hemmnisse innerhalb der Unternehmen als auch ein zum Teil inadäquates Design der Instrumente zur Förderung der industriellen Energieeffizienz zurückzuführen. Zur Überwindung der Hemmnisse bedarf es einer langfristig angelegten, integrierten Energieeffizienzpolitik, die von verbindlichen Zielen gestützt wird, sowie eines kohärent ausgestalteten Instrumentenmixes aus ordnungsrechtlichen Standards, finanziellen Anreizen, förderpolitischen Elementen sowie Beratungs- und Informationsprogrammen. Durch Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz lässt sich nicht nur der Energiekostendruck mindern, sondern die Substitution von Energieimporten durch heimische Wertschöpfung entfaltet auch wirtschaftliche Multiplikatoreffekte und es werden Innovationen induziert, die Chancen in stetig wachsenden „grünen“ Märkten eröffnen.

Anstatt eine ambitionierte Energie- und Klimapolitik als Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung wahrzunehmen, sollte der Fokus daher verstärkt auf die Chancen gerichtet werden, die sich hierdurch ergeben. Exportfähige Produkt- und Prozessinnovationen, gerade auch im Bereich der Umwelt- und Energieeffizienztechnologien, werden jedoch nicht dadurch angereizt, dass die Industrie großflächig von Energiepreissignalen abgeschirmt wird. Deutschland kann sich mithin aus ökologischer und ökonomischer Vernunft nicht in einen Wettbewerb um die günstigsten Energiepreise begeben, sondern muss seine Wettbewerbsfähigkeit durch innovative, hochwertige Produkte sichern. Durch deren internationale Verbreitung kann zudem ein Beitrag zum Klima- und Umweltschutz auf globaler Ebene geleistet werden.

### AUTOREN + KONTAKT

**Dr. Carl-Friedrich Elmer** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU).

**Harald Bradke** und **Martin Faulstich** sind seit dem 1. 7. 2016 ehemalige Mitglieder und **Lisa Nabitz** ehemalige Mitarbeiterin des SRU.

Sachverständigenrat für Umweltfragen,  
Luisenstr. 46, 10117 Berlin.  
Website: [www.umweltrat.de](http://www.umweltrat.de)